



PRESSEMITTEILUNG

KGNW begrüßt Impfpflicht: Krankenhäuser bieten schwer Erkrankten größtmöglichen Schutz

Düsseldorf, 19.11.2021 – Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) unterstützt die von der Ministerpräsidentenkonferenz geforderte Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitssystem und in Pflegeeinrichtungen. Diese von den Landeschefs mit der geschäftsführenden Bundesregierung verabredete Maßnahme bewertete KGNW-Präsident Jochen Brink als unausweichlich: „Gerade in den Einrichtungen, in denen besonders Schutzbedürftige betreut werden, müssen wir alles dafür tun, dass wir möglichst alle Einfallstore für das Corona-Virus abdichten. Erfreulicherweise sehen wir in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern schon heute eine Impfquote von 95 Prozent. Dieser Wert wird jedoch nicht in allen Bereichen der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung erreicht.“ Die nun von den Ländern geforderte Impfpflicht setzt eine Empfehlung des Deutschen Ethikrats um, um dessen Votum die Deutsche Krankenhausgesellschaft gebeten hatte.

Weiter führte Jochen Brink aus, dass dieser Schritt nachdenklich stimmen müsse: „Die drakonische Maßnahme einer Impfpflicht führt uns vor Augen, dass wir es nicht geschafft haben, die Gruppe der Ungeimpften mit eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu überzeugen.“ Es sei aber eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, dafür alles zu tun, dass soziale Rücksicht und Verantwortung füreinander als überlebenswichtige Werte bestehen bleiben.

Für einen größtmöglichen Schutz der Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vor eingeschleppten COVID-19-Infektionen appellierte KGNW-Präsident Jochen Brink auch an alle Besucherinnen und Besucher, sich für die Sicherheit ihrer stationär behandelten Angehörigen impfen zu lassen. Für einen bestmöglichen Schutz müsse eine Impfpflicht für die Beschäftigten der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen konsequent durch eine 2G-Regelung für Besucherinnen und Besucher geprüft werden.

Neue Bundesregierung muss schnell finanzielle Sicherheit schaffen

„Krankenhäuser als schutzbietender Ort für schwer Erkrankte sind zugleich selbst schutzbedürftig“, stellte Jochen Brink heraus und forderte eine wirtschaftliche Absicherung für alle Kliniken, die durch Corona Erlöseinbußen erleiden. Die vom Bundestag beschlossenen Sonderzahlungen für Krankenhäuser, die stationäre Corona-Patientinnen und -Patienten behandeln, seien hilfreich. „Diese Maßnahme deckt allerdings nicht die Realität ab: Damit die Kliniken sich um die schweren COVID-19-Fälle kümmern können, brauchen sie ein Netzwerk mit anderen Krankenhäusern, die sie an anderer Stelle entlasten. Diese ebenso wichtige Unterstützung bleibt aber unberücksichtigt.“ Überdies, betonte der KGNW-Präsident, werde ein Kernproblem nicht gelöst: „Die Hoffnung auf eine Normalisierung des Betriebs im zweiten Halbjahr ist mit der vierten Welle pulverisiert. Eine solide wirtschaftliche Basis haben die Krankenhäuser noch nicht wieder erreicht. Deshalb brauchen sie auch für 2022 eine verlässliche finanzielle Absicherung. Nur so können sie das

Rückgrat der Gesundheitsversorgung bleiben.“ Hierfür müsse die neue Bundesregierung schnellstens eine Lösung schaffen, mahnte Brink. Spätestens wenn wieder Operationen flächendeckend verschoben werden müssen, gehe es auch für die Krankenhäuser ums wirtschaftliche Überleben.

Weil noch unklar sei, wie extrem diese vierte Corona-Welle sich ausweite, müsse die kommende Ampelkoalition bereits jetzt über mehr Flexibilität für den Einsatz des Pflegepersonals nachdenken, forderte der KGNW-Präsident. „Starre Vorgaben dürfen unser starkes Gesundheitssystem nicht in dieser existenziellen Corona-Krise schwächen.“

„Impfung kann Leben retten“

Der Präsident der KGNW appellierte erneut an die noch Ungeimpften: „Die dramatisch steigende Zahl der Corona-Neuinfektionen insbesondere unter den Ungeimpften führt uns vor Augen, dass die Pandemie eine direkte und unmittelbare Gesundheitsgefahr für jede und jeden darstellt. Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen behandeln seit vielen Wochen schon vor allem COVID-19-Infektionen von Menschen, die sich gegen eine Impfung entschieden und dies nun teuer bezahlt haben. Es muss klar sein: Wer sich nicht impfen lässt, wird eine Corona-Infektion vermutlich kaum verhindern können – mit einem erhöhten Risiko schwerwiegender Folgen.“ Die derzeit im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern noch mildere Entwicklung in NRW dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei anhaltend steigenden Zahlen in den Kliniken zu einer versorgungsrelevanten Verknappung der intensivmedizinischen Kapazitäten kommen könne, warnte Jochen Brink: „Wir appellieren deshalb an alle: Lassen Sie sich bitte impfen. Das kann Leben retten – auch Ihres.“ Dass Krankenhäuser das Rückgrat der Gesundheitsversorgung bleiben können, hänge auch vom Verhalten jeder Bürgerin und jedes Bürgers ab.

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist der Zusammenschluss der Krankenhausträger und ihrer Spitzenverbände. Sie vertritt rund 340 Krankenhäuser, die mit etwa 276.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern in NRW zählen.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99, Twitter: @KGNW_de